

Gorleben bleibt im Rennen

Atom-Endlager-Kommission legt ihren Abschlussbericht vor

Berlin (AFP). Nach mehr als zweijähriger Detailarbeit hat die beim Bundestag angesiedelte unabhängige Endlager-Kommission ihren Abschlussbericht mit Empfehlungen für die Suche nach einem Aufbewahrungsort für hoch radioaktiven Atommüll beschlossen. Nach Angaben der Kommission fiel die Entscheidung „mit überwältigender Mehrheit“. Die Umweltschutzorganisation BUND erklärte, ihr Vertreter habe den Bericht als einziger von 16 stimmberechtigten Mitgliedern abgelehnt.

Der Bericht empfiehlt, Atommüll in einem Bergwerk unterirdisch zu lagern. Er schließt keines der im Standortauswahlgesetz von 2013 genannten drei möglichen Wirtsgesteine Salz, Ton und Kristallin als denkbare Formation für ein Endlager aus. Auch Gorleben sei als Standort dabei prinzipiell nicht aus dem Rennen. Das Gremium setzt sich aus Wissenschaftlern und Interessenvertretern zusammen.

■ Seite 4



WARTEN auf die Endlagerung: Castor-Behälter in Gorleben. Nach zweijähriger Arbeit hat die Endlager-Kommission ihren Bericht vorgelegt. Foto: dpa

Vorsicht geht vor Tempo

Langwierige Suche nach einem Atom-Endlager

Von Teresa Dapp
und Anne-Beatrice Clasmann

Berlin. Eine Million Jahre: So lange soll der hoch radioaktive Atommüll im deutschen Endlager vor sich hin strahlen, ohne Leben und Gesundheit der Menschen zu gefährden. Aber wo? Darüber wird in Deutschland seit Jahrzehnten gestritten. Zur Finanzierung des Atomausstiegs gibt es inzwischen einen Kompromiss. In Sachen Endlager steht die Bundesregierung dagegen noch ziemlich am Anfang. Was ergibt sich aus dem Bericht der Endlagerkommission? Die Kommission hat nun festgelegt, nach welchen Kriterien ein Standort für das Atommüll-Lager gesucht werden soll. Erst sollen anhand der geologischen Ausschlusskriterien ungeeignete Gebiete ausgeschlossen werden. Dann werden Gebiete ausgewählt, die den Mindestanforderungen entsprechen. In einem nächsten Schritt werden geologisch und planungswissenschaftlich günstige Standortregionen ausgesucht. Bundestag und Bundesrat müssen dann die eingehende Untersuchung einiger Standorte beschließen.

Nach diesen Untersuchungen folgt eine weitere Runde in Bundestag und Bundesrat, um festzulegen, wo der Müll letztlich hinkommt. Welche Kriterien hat die Kommission festgelegt? Da sind erst einmal die technischen und geowissenschaftlichen Fragen: Wie muss das Gestein beschaffen sein? Wie dick muss

die Gesteinsschicht sein? Und kann man sicherstellen, dass es in der Lagerstätte nicht zu unerwünschten Veränderungen durch die Wärmeentwicklung des radioaktiven Abfalls kommt?

Außerdem soll sichergestellt werden, dass bei der Suche nicht getrickst und gemauschelt wird. Alles soll ganz transparent ablaufen. Anwohner und Umweltverbände sollen in den Prozess eingebunden werden. Bleibt der Atommüll dann für immer am gleichen Ort? Im Prinzip ja. Doch ist man bescheidener geworden. Das hängt unter anderem mit den schlechten Erfahrungen zusammen, die man im ehemaligen Salzbergwerk Asse gemacht hat. Dort wurden schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Doch die Kammern und Stollen waren nicht so stabil wie erhofft. Grundwasser konnte eindringen. 2013 wurde deshalb ein Gesetz verabschiedet, das festlegt, wie die Asse-Abfälle möglichst schnell und sicher aus dem unterirdischen Lager herausgeholt werden können. Deshalb wird die Rückhol-Frage auch bei der Suche nach dem Standort für das Endlager für hoch radioaktive Abfälle berücksichtigt. Die Endlagerkommission hätte ihre Empfehlungen eigentlich schon Ende 2015 abgeben sollen. Die Frist wurde dann aber, weil viele Fragen umstritten waren, um ein halbes Jahr verlängert. Die Kommission übergibt den Bericht am kommenden Dienstag an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD).



WOHIN mit dem strahlenden Atommüll? Foto: dpa